

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 32 – Unhaltbare Zustände im Bereich der Leiharbeitsbranche

Dazu sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Andreas Tietze:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 119.11 / 23.02.2011

Leiharbeit bleibt Sackgasse für ArbeitnehmerInnen

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Bundesministerin von der Leyen kündigt seit mehr als einem Jahr an, den Missbrauch in der Leiharbeit zu beenden. Das war ihr im Dezember 2010 mit dem Kabinettsbeschluss zur Leiharbeit nicht wirklich gelungen. Im Rahmen der Verhandlungen über die Hartz IV-Anpassung wurde vereinbart, dass der Mindestlohn für die 900.000 Leih- und ZeitarbeiterInnen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz geregelt wird.

Der jeweilige tarifliche Mindestlohn, derzeit 7,59 Euro wird als absolute Lohnuntergrenze festgesetzt. Die Ungleichbehandlung der Leiharbeit bleibt aber bestehen. Die Betriebe können weiterhin billigere Leiharbeitskräfte neben den Stammbeschäftigten beschäftigen und sie machen reichlich Gebrauch davon. Tür und Tor für Missbrauch auf dem Arbeitsmarkt bleiben weit offen.

Es geht schon lange nicht mehr um das Abfedern von Auftragsspitzen oder das Überbrücken kurzfristiger personeller Engpässe. Die ArbeitgeberInnen ersetzen immer mehr die StammarbeitnehmerInnen durch Leiharbeitskräfte. Dieser Trend muss gesetzlich gestoppt werden. Genau das macht die Bundesregierung nicht. CDU und FDP wollen, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Billiglohnland bleibt.

Gerade die FDP argumentiert immer wieder damit, dass mit der Leiharbeit ein Weg in feste, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse eröffnet wird. Das ist sicher der größte Wunsch der Menschen in den Leiharbeitsfirmen – hier spielt man mit

den Hoffnungen der Menschen und das ist nicht in Ordnung.

Leiharbeit ist und bleibt für viele Menschen eine Sackgasse. Für ArbeitgeberInnen ist die Leiharbeit nachweisbar eine billige Alternative. ArbeitnehmerInnen, die in Zeitarbeitsfirmen arbeiten, sind in der Regel auch qualifiziert.

LeiharbeiterInnen können von heute auf morgen an ihre Leihfirma zurückgegeben werden und landen im schlimmsten Fall in der Arbeitslosigkeit – dies ist bitter für die betroffenen Menschen, sie fühlen sich als ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse.

Meine Fraktion bleibt dabei: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit darf keine leere Worthülse sein, es müssen politische Taten folgen. LeiharbeiterInnen erwarten, dass die Politik die richtigen Weichen stellt und sie für ihre Arbeit wie Stammbeschäftigte bezahlt werden. Wir halten sogar einen Flexibilitätsbonus von zehn Prozent für angebracht.

Bei den Verhandlungen der Bundesregierung mit der Opposition über die Weiterentwicklung von Hartz IV ist das Thema Leiharbeitsregelungen und der Mindestlohn im Verhandlungspaket drin gewesen. Vielfach ist das als Überfrachtung kritisiert worden. Ich sehe das nicht so. Wer über die Höhe der Hartz IV-Sätze verhandelt, der muss auch das Lohnabstandsgebot im Auge haben.

Damit kommen wir automatisch zu den Themen Niedriglohn, Leiharbeit und Mindestlohn. Das alles gehört für uns zu einem Gesamtpaket für eine Regelung von Mindeststandards auf dem Arbeitsmarkt. Dieses Gesamtpaket haben CDU und FDP lange verhindert, die SPD ist eingeknickt und es ist ein fauler Kompromiss dabei herausgekommen.

Die Grünen haben sich bei diesem unwürdigen Geschacher zu Recht verabschiedet. Der Regelsatz ist nicht verfassungskonform erhöht worden, ein gesetzlicher Mindestlohn wurde nicht eingeführt und gleicher Lohn für gleiche Arbeit soll es für LeiharbeiterInnen auch künftig nicht geben. Soziale Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt sieht für meine Partei anders aus.

Wir freuen uns über die Aktionen der Gewerkschaften für gleiche Entlohnung der Leiharbeit. Auswertungen in schleswig-holsteinischen Betrieben haben ergeben, dass LeiharbeiterInnen etwa 43 Prozent weniger verdienen als Stammkräfte - das ist und bleibt ein gesellschaftlicher Skandal. Wir schlagen vor, der Landtag sollte sich mit den Aktionen der Gewerkschaften am morgigen Donnerstag solidarisch erklären.
